

Politisch denken – Themen setzen

Evangelische Impulse für die familienbezogene Erwachsenenbildung¹

Sabine Plonz



Dodostraße 26
48145 Münster
kontakt@sabine-plonz.de
www.sabine-plonz.de

I. ‚Das Private ist politisch‘ und ein altes Motto ist aktuell

Wenn es eines Beleges dafür gebraucht hätte, dass das ‚Private politisch ist‘, so haben ihn Akteure geliefert, denen man es vor einigen Jahren kaum zugetraut hätte: das BVG fordert Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften; die CDU muss den Homosexuellen in der eigenen Partei entgegenkommen und ihre Haltung zur (finanziellen Förderung) der Ehe überdenken; der Rat der EKD optiert in seiner jüngsten Denkschrift über Familien² dafür, die Lebensgemeinschaft Homosexueller gleichzustellen und theologisch anzuerkennen. Mit ihrem erweiterten und praxisbezogenen Familienbegriff mahnt die federführende Kommission Verbesserungen in Familienpolitik, Kirche und Diakonie an. Im Mittelpunkt sollen die Bedürfnisse der Menschen stehen, die „generationenübergreifend Verantwortung füreinander übernehmen“, wie ‚Familie‘ nunmehr umschrieben ist. Es wird betont, dass Angewiesenheit auf fürsorgliche Praxis und wirksame Solidarität eine Voraussetzung funktionierender Gemeinwesen ist. Zugleich geht es darum, dass die Verantwortung dafür auf alle Personen und gesellschaftlichen Akteure gerecht verteilt wird.

Die „De-Privilegierung der Ehe“ in den aktuellen Debatten über Familie geht mit der „Ent-Diskriminierung“ anderer Lebensformen einher.³ Diese Prozesse folgen auf längere kritische Auseinandersetzungen mit der Ehe als einer Schlüssel-Institution der patriarchalischen Gesellschaft. Im Zusammenwirken von bürgerlichem Recht, gesellschaftlicher Arbeitsteilung, wohlfahrtsstaatlichem Strukturmodell und öffentlicher Moral einschließlich religiöser und theologischer Diskurse hatte sich seit dem 19. Jahrhundert eine spezifische, gleichsam zum Naturzusammenhang geronnene Geschlechterordnung und -hierarchie ausgebildet. Dieses Koordinatensystem wird heute nicht mehr mehrheitlich geteilt und es harmoniert nicht mehr umstandslos mit der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung. Diese Zusammenhänge sind durch Frauenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert herausgearbeitet und so dann für die Familienforschung und -politik frucht-

bar gemacht worden. Das in der 68er Zeit formulierte Motto „Das Private ist politisch!“ unterstrich in emanzipatorischer Absicht die sozialökonomische Bedeutung privater, primär von Frauen geleisteter Arbeit und es forderte deren Demokratisierung.

Aktuell geht es nicht um eingängige Formeln, jedoch um das angedeutete analytische Szenario und seine gesellschaftlichen, politischen und ethischen Folgen. Dass Familienpolitik ein Querschnittsthema und eine Anfrage an die Vorherrschaft der Marktökonomie ist, hat die Forschung deutlich gemacht. Auch die Familienberichte des Ministeriums und sein erster Bundesgleichstellungsbericht (2011) heben das hervor. Dass Familienpolitik zugleich vom historischen Erbe der patriarchalen Ordnung belastet ist und demokratische, menschenrechtliche Ziele befördern könnte (Art. 1 u. 20 GG), macht sie zum ideologisch umkämpften Feld. Die Problematik kann hier nur benannt werden, sie ließe sich z. B. an den aktuell diskutierten Expertisen über die Effizienz bzw. Geldverschwendung und Widersprüchlichkeit der Familienpolitik ausführen, die vom zuständigen Ministerium in Auftrag gegeben wurden.⁴

II. Politische Agenda für familienbezogene Bildung in Sicht?

Ist mit der Bundestagswahl 2013 Innovatives zum Komplex Familie und damit verknüpft auch der familienbezogenen Erwachsenenbildung zu erwarten? Beim Blick in die Programme der parlamentarischen Parteien enttäuscht die Abwesenheit der Letzteren. Unter Bildung wird meist die Vermittlung von Kompetenzen für die Wachstums-, Wissens- und Wettbewerbsökonomie verstanden, die man – das ist der indirekte Bezug auf Familie – möglichst ‚von Anfang an‘ (in Kitas und Familienzentren) leisten will und ansonsten als lebenslange berufliche Weiterbildung versteht. Wie die Parteien ihr globales ‚Bildungsziel‘ in den nächsten vier Jahren erreichen wollen, ist wenig überraschend: So überrascht nicht, dass die FDP soziale Segregation im Bildungswesen und Privatisierung von Lebensrisiken als Ausdruck freiheitlicher Praxis deklariert und dass die CDU/CSU sich wegen der ‚Einzigartigkeit‘ jedes Kindes gegen die Gesamtschule als ‚Gleichmacherin‘ bzw. für das Gymnasium positioniert. Verständlich ist, dass die SPD angesichts ihrer geschrumpften Wählerbasis (und nach dem Ausbremsen ihrer Kanzlerkandidatinnen in den neunziger Jahren) Frauen und Familie

¹ Teile dieser Überlegungen wurden 2012 in der *Fachgruppe familienbezogene Erwachsenenbildung der DEAE* diskutiert. Die Verfasserin dankt deren Mitgliedern für den anregenden Austausch.

² Zwischen Autonomie und Angewiesenheit – Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken. Eine Orientierungshilfe des Rates der EKD. Gütersloh 2013.

³ Vgl. Gerhard, Ute (2010): Die neue Geschlechter(un)ordnung. Eine feministische Perspektive auf die Familie. In *Feministische Studien* 28 Jg. 2/2010, S. 207.

⁴ Siehe: Die ZEIT, 04.02.2013.

nicht mehr als ‚Gedöns‘ abtut, sondern erkannt hat, dass sie auf diesem Feld punkten und den Alltag der Mehrheiten stärker erreichen muss. Sie hat sich im Wesentlichen die Forderungen familienpolitischer Fachverbände zu eigen gemacht. Auch Grüne und Linke widmen sich auf Basis des praxisbezogenen Familienbegriffs ausführlich der Familienpolitik, und zwar im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit und der Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Der neuen Sichtbarkeit von vielfältigen und komplexen Lebensformen zollen alle ihren Tribut. Allein die CDU/CSU bekennt sich noch zur ‚Ehe als Kern der Familie‘.

Insgesamt bestätigen die Programme den Querschnitt- und Kontroverscharakter von Familienpolitik, dokumentieren aber auch den in familialer Praxis auszutragenden Konflikt zwischen Markt und Mensch. Der Zuschnitt von ‚Bildung‘ kann in der gebotenen Form nicht zufriedenstellen. Wohl aber ist verständlich, dass ein Wortgebilde wie „familienbezogene Erwachsenenbildung“ sich der politischen Kampagnenfähigkeit im Wahlkampf und anderswo entzieht.

Nach Einsicht in die Parteiprogramme stellt sich dringlich die Frage nach der Relevanz von nicht beruflicher Erwachsenenbildung im Allgemeinen und ihrem in der evangelischen Kirche eingestellten Fokus auf Familie im Besonderen sowie nach dem Ort der Kritik eindimensionaler, instrumenteller Bildungsverständnisse.

III. Evangelische Optionen

Eine Aufgabe von Erwachsenenbildung im evangelischen Raum ist, mit der neuen EKD-Orientierungshilfe im Gepäck, ihr an familialer Praxis ausgerichtetes Handeln auf kirchlichen und öffentlichen Feldern als politisch relevant zu erkennen, zu konzipieren und öffentlichkeitswirksam zu thematisieren. Eingängig formuliert geht es darum, programmatisch klar zu machen: „Das Private ist politisch!“ – denn es geht ‚ums Eingemachte‘, um das Feld, in dem unweigerlich Menschlichkeit und Nachhaltigkeit der Gesellschaft kultiviert werden. Für die Erwachsenenbildung bedeutet das nicht, dass ihre Angebote als politische Schulungen daher kommen sollen, aber es bedeutet für die Konzipierung von Programmheften und über das Tagesgeschäft hinaus zunächst dreierlei: a) Fragen zu stellen, b) der ei-

genen Privatisierung zu widersprechen und c) eine Agenda zu formulieren, die provinzielle Eigenheiten oder nationalkirchliche Regelungsansprüche des Feldes zugunsten der gesellschaftlich drängenden Themen hintenanstellt.

a) Fragen stellen

Reflektiert familienbezogene Erwachsenenbildung ihre politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen? Wie positioniert sie sich in familienpolitischen Debatten? Klärt sie die Kollisionen zwischen menschlichem Leben und erwerbsorientiertem Wirtschaften? Stellt sie sich Verarmung und Exklusion entgegen, einschließlich der Ungleichgewichte (kommunaler) infrastruktureller Versorgung? Auf welchen normativen Grundlagen beruhen ihre Bildungsangebote, etwa im Blick auf Geschlechterbeziehungen? Welche normativen Ansprüche werden von Dritten an die Arbeit herangetragen? Wie stellt sie sich zu staatlich refinanzierten Bildungsprogrammen, die bei sozialen Problemen und Gefährdungen im Familienzusammenhang mit unzulänglichen Mitteln an Symptomen herumdoktern, sie paternalistisch moralisieren und individualisieren, anstatt die Ursachen von Elternversagen und Prekarisierung anzugehen? Was sagt familienbezogene (Bildungs-)Arbeit⁵ zu Widersprüchen zwischen öffentlicher Rhetorik über Generationenhäuser und Familienzentren und faktischer Politik: etwa zu Schnellkursen für Familien- und Fürsorgetätigkeiten, welche das allseits beklagte Ausbildungsniveau für Erzieher/-innen nicht anheben und den Personal-mangel nicht beseitigen? Welche intellektuellen Ressourcen, Organisationsformen und Bündnisse braucht es wiederum, um solche Fragen stellen und beantworten zu können? Wenn hier gedanklich blockiert wird, weil im Alltag ‚Dringlicheres‘ mit schwachen personellen Ressourcen zu tun ist, dürfte Bildungsarbeit Gefahr laufen, sich mit Blockaden einzurichten, die im selben Alltag kaum wieder beiseitezuräumen sind.

b) Der Privatisierung widersprechen – den politischen Anspruch formulieren

Familienbezogene (Bildungs-)Arbeit kommt nicht umhin, ihren politischen Anspruch zu formulieren. Sie findet statt im Grenzbereich von Öffentlichkeit und Privatheit und steht damit systematisch im Spannungsfeld ungleicher Machtverteilung.

⁵ s. Anmerkung am Ende des Artikels

Diese ist zunächst strukturell-wirtschaftlicher Natur. Privat geleistete Reproduktionsarbeit ist zwar unerlässlich für die Erwerbs-Ökonomie, wird aber von ihr belastet und konzeptionell ausgeblendet. Die machtförmige Beziehung zwischen Privathaushalten und Erwerbssphäre erscheint den Menschen meist nicht direkt, sondern als individuelle ‚private‘ Praxis von Familien, Personen und Unternehmen; ebenso wird meist das in diese Praxis eingebettete ‚private Geschlechterverhältnis‘ gedeutet.

Sodann ist im ‚modernisierten‘ Wohlfahrtsstaat ‚Privatisierung‘ von Verantwortung und Lebensrisiken seit längerem Teil von Machtpolitik und Desintegration. Das Management der internationalen Schuldenkrisen und Re-Strukturierungen der sozialen Sicherungen samt der sie begleitenden öffentlichen Rhetorik zielen auf Privatisierung der Krisenfolgen und Sozialisierung der (in privater Eigentümerschaft) entstehenden (Akkumulations-)Kosten. In der Folge verarmen Erwerbstätige und Erwerbslose, und größere soziale Gruppen in außerordentlich reichen Gesellschaften werden nachhaltig benachteiligt.

Die Evangelische Erwachsenenbildung kann nicht umhin, diesen Machtverhältnissen aufgrund ihrer biblisch-theologischen Verankerung und ihrer Bildungsprogrammatis (*Maße des Menschlichen*, EKD Denkschrift, 2003) zu widersprechen, wenn sie ihre Grundlagen in der Öffentlichkeit glaubwürdig bezeugen will. Die kirchliche familienbezogene (Bildungs-)Arbeit sollte hier ihre Kompetenzen bezüglich „Familien als Herstellungsleistung“⁶, ihr Wissen und ihre Erfahrung mit intergenerationaler Solidarität und ihre Vision von einer Gesellschaft, in der unabhängig von Besitz, Macht, Status ‚alle einen Platz haben‘, einsetzen.

Schließlich bildet professionelles Handeln die Machtverhältnisse ab und hat politischen Charakter. Bereits die Definition des Privaten, in Abgrenzung zum Öffentlichen, ist ein politischer Akt. Sie steckt Einflussbereiche ab und weist Ressourcen zu. Familienbezogene Erwachsenenbildung selbst ist vergleichsweise prekär organisiert, hat mit niedriger Bewertung in materieller, struktureller, personeller Hinsicht zu kämpfen und praktiziert auf dem Gesamtfeld Bildung, das eine geschlechtsspezifische, keineswegs egalitäre Arbeitsteilung aufweist. Konzeptionelle und strukturelle Entscheidungen zur familienbezogenen (Bildungs-)Arbeit justieren mithin auch das

Spannungsfeld von Machtbereichen. Man kann und sollte fragen, ob sie die Leistungen, Gefährdungen und Bedeutung des ‚Privaten‘ in angemessener Weise aufnehmen und die Einsichten der neuesten EKD Stellungnahme zu „Familien zwischen Autonomie und Angewiesenheit“ konzeptionell abbilden.

c) Zur Agenda familienbezogener (Bildungs-)Arbeit

Anknüpfend an ihre Kompetenzen und Erfahrungen mit Sozialformen ‚intergenerationaler Solidarität‘ kann familienbezogene (Bildungs-)Arbeit die Utopie einer demokratischen und humanen Gesellschaft ins Auge fassen und diese beschreiben. Es gehört zu ihrem professionellen und ethischen Mandat, für sie praktisch und theoretisch explizit einzustehen.

Geteilte gegenseitige Verantwortung in fürsorglicher Praxis, besonders mit Kindern, Kranken und pflegebedürftigen alten Menschen verweist anschaulich auf Alternativen zur herrschenden Erwerbs- und Wettbewerbsordnung. Sie werden vorstellbar ausgehend vom menschlichen Maß als politisch-ethischem Kriterium in einer Ökonomie der Maßlosigkeit, vom Umgang mit menschlichen Bedürfnissen, vom Wissen um Prekarität, Verletzlichkeit, körperlicher und sozialer Verfasstheit des Lebens, von der erfahrenen Produktivität von Freude, Leiden, Schmerzen, Vertrauen, Zuversicht ...

Angemessene und angepasste Formen von Achtung und Partnerschaft mit Kranken, Nichtselbstständigen, Unmündigen (z. B. Kinder oder demente Personen) können die Wahrnehmung schärfen für gesellschaftlich nötige Achtsamkeit und nicht diskri-

⁶ Vgl. Plonz in forum eb 1/2013.

minierende Umgangsweisen. Zwischenmenschliche Beziehungen, die von Partnerschaft, Gleichberechtigung bzw. Rücksicht- und Anteilnahme, Ausgleich, Förderung des Gegenübers geprägt sind, stehen für eine Praxis, die wichtig für aktive demokratische Beteiligung ist, d. h. für das ‚In-die-Hand-Nehmen‘ der eigenen und aller anderen Angelegenheiten.

Familienbezogene (Bildungs-) Arbeit beansprucht, sozialen, kulturellen, geistigen, alltagspraktischen Raum für familiäre (fürsorgliche) Praxis zu schaffen. Mit den Menschen soll über ihre existenziell wichtigen Vollzüge reflektiert werden können, um diese handelnd zu bewältigen; wo nötig, soll konkrete Unterstützung organisiert werden, um das für menschliches Leben ‚Unverzichtbare‘ zu stärken.

So kann es für dieses Handlungsfeld keinen neutralen, unpolitischen Standpunkt geben. Eine seiner Aufgaben ist vielmehr, Stimme zu sein, oder besser: ‚Stimmbildung‘ zu betreiben. Denn in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem Menschen mit ihren nächsten Sozialbezügen primär als ‚Humankapital‘ begriffen oder zum Leben als ‚abgehängte Unterschicht‘ bestimmt werden, gehört dies zu den Bedingungen des Engagements für eine humanere demokratische Gesellschaft: Sprachlosigkeit überwinden und Sprache für die eigenen Angelegenheiten zu finden.

Gerade die von sozialen Verwerfungen Betroffenen werden aber als sprachlos erfahren und gelten als durch die ‚Sprache der Herrschenden‘ Bevormundeten. Das Leben ‚an den Rändern der Gesellschaft‘, aus dem die christlichen Kirchen einst selbst hervorgingen und für das sie auch heute religiös, theologisch, ethisch und praktisch einstehen möchten, erschließt somit auch aktuell die politische Verantwortung familienbezogener Erwachsenenbildung.

Programmentwicklung und -umsetzung im Bildungshandeln bedeutet somit auch politisches Eingreifen.

Konkret wird familienbezogene Erwachsenenbildung all das auf die Agenda setzen, was familiäre soziale Praxis stärkt, und all das thematisieren, was die in ‚Familien‘ geleistete und gesellschaftlich erwartete Bildungsarbeit beeinträchtigt.

Dies sei am Ende exemplarisch umrissen:

- *Das ‚doing family‘ in seiner Vielfalt:* Zielgruppen und Programme sind ausgehend von dieser Praxis und den Menschen zu konzipieren – nicht von einem fraglich gewordenen ‚Familien-Begriff‘ aus.
- *Bilden und Beraten, Helfen und Handeln* sind aufeinander bezogen: Soziale, ökonomische, politische Bildung sollen gefördert werden, einschließlich der Ermutigung zum Widersprechen, Forderungenstellen, Einklagen von Rechten und Protest gegen den Abbau von allgemeiner Daseinsvorsorge, soziale Ungerechtigkeiten u. a.
- *Flexibilisierung, Entgrenzung und Überanstrengung ausgesetzt?* Anforderungen und Verwerfungen der Erwerbsarbeit belasten, ja gefährden „Familie als Herstellungsleistung“. Zeitnot erschwert familiäre Praxis, Beziehungspflege und sozialkulturelles Engagement; Bildungsarbeit sucht daher nach angepassten Formaten. Sie muss auch (sozialpsychologisch) Belastungen und ihre ökonomischen Ursachen skandalisieren. Konfrontiert mit „erschöpften Familien“, kann sie zu Gründen und Folgen der Erschöpfung nicht schweigen. Zumal sie selbst in ihrer Handlungsfähigkeit von Auszehrung betroffen ist.
- *Soziale Medien nutzen oder von ihnen genutzt werden?* Es geht um mächtige Instanzen, die Entwicklung, Mündigkeit und Autonomie kreativ fördern, aber auch stören, krankhaft verändern oder wirtschaftlich ruinieren können. Die Machtentfaltung durch Unternehmen im WWW und umfassende geheim-staatliche Kontrollen digitaler Kommunikation wirken auf Verständnis und Freiräume von Privatheit ein, auf ökonomische und bildungsbezogene Chancen, auf Generationenbeziehungen; zugleich gelten sie als Förderer zivilgesellschaftlicher Revolutionen durch junge Leute. Kann Familienbezogene EEB entsprechende Kompetenzen fördern und muss sie sich selbst kommunikativ neu erfinden?
- *Das „Recht auf Familie“, auf Schutz, emotionale Sicherheit haben alle oder keiner.* Menschen, die benachteiligt und ausgegrenzt sind, z. B. weil sie nach Deutschland geflohen sind, entbehren sie. Das Recht auf Zusammenleben, Fürsorge, Solidarität ... Lebensbedingungen und Lernchancen für Flüchtlingskinder, für Menschen, die vermeintlich keine Familie haben oder aus nachhaltig ‚kaputten‘ Verhältnissen kommen, stehen zu Recht auf der Tagesordnung familienbezogener Bildung/Arbeit.

- *Kritik der Bildungspolitik – Auseinandersetzung mit Rahmenbedingungen der eigenen Arbeit:* einseitig erwerbs- und konkurrenzwirtschaftlich angelegte (Weiter-)Bildung, deren Beginn in die frühe Kindheit verlagert wird; fehlende Spielräume für zeit- und familiengemäße Arbeitsformen; Barrieren für migrationsbezogene und interkulturelle Formate (Ressourcennot); Beschränken informeller Lernräume und freien, nicht zweckgebundenen Lernens; Bürokratisierung und rechtliche Schwächung von Familienbildung; Hürden beim Zugang zu kommunalen Mitteln ...
- Widersprüche zwischen Ökonomisierung von Bildungs- und Hilfehandeln durch politische Vorgaben auf der einen, menschlichen Bedürfnissen und einem menschenrechtlich fundierten Bildungsverständnis auf der anderen Seite: Wo Ökonomisierung gesellschaftliche Fragmentierung und Prekarisierung fördert, müssen soziale Arbeit und Bildungsangebote klären, wie sie ihrerseits Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Einzelnen und von Familien stärken können.

Zu ⁵: Um der politischen Dimension des Themas gerecht zu werden, die Einbettung von Erwachsenenbildung in das gesamtgesellschaftliche Handeln und die Bezogenheit von Bildung und sozialer Arbeit zu erinnern, die missverständliche Doppelterminologie von Familienbildung und familienbezogener Erwachsenenbildung zu meiden sowie der kirchlichen Forderung familienbewusster Konzepte zu entsprechen, wird im Folgenden außer von ‚Erwachsenenbildung‘ auch von ‚familienbezogener (Bildungs-)Arbeit‘ gesprochen. Die konzeptionelle und organisatorische Abgrenzung der Felder ist nicht Anliegen dieses Beitrages. Ebenso wenig will er sich in Entscheidungsprozesse über Strukturreformen einmischen. Er plädiert aber dafür, Name und Erscheinungsbild vor allem an sachlichen und kommunikativen Gesichtspunkten auszurichten. Der hier gebrauchte Begriff ist also ein Angebot.